



**Projektland: Albanien**

**Quartal/Jahr: April bis Juni 2010**

**Schlagzeilen:**

- **Abkommen zwischen Regierung und Opposition im Bezug auf die Transparenz der Parlamentswahlen vom 28. Juni 2009 noch nicht erreicht.**
- **Auseinandersetzungen im Parlament dauern an. PS Abgeordneten verweigern die Zustimmung der wichtigen Gesetze im Parlament.**
- **Visaliberalisierung für albanische Staatsbürger? Entscheidung im Herbst 2010.**
- **Stellv. Premier Meta zu Besuch in der Bundesrepublik Deutschland. Gespräch mit Aussenminister Westerwelle.**
- **Wirtschaftliche Entwicklung und Banksystem in Albanien stabil**

**1- Innenpolitik**

Am 16. Juni 2010 hat das Europäische Parlament eine Resolution über Albanien verabschiedet, die den Weg für den Visaliberalisierungsprozess für die albanischen Staatsbürger und für die Empfehlung des EU Kandidatenstatus ebnet. Die politischen Interessen beider großen Parteien PD (Demokratische Partei) und PS (Sozialistische Partei) und die lange Krise, die ihre Beziehungen der letzten Monate begleitet hat, haben aber den Fortschritt dieser Prozesse gefährdet. Beide politische Lager erklären einerseits, dass sie für eine Zusammenarbeit im Rahmen der Implementierung der Reformen und der Erfüllung der Verpflichtungen im Bezug auf die Integrationsprozesse und Wahlen offen wären, aber andererseits sind die politischen Interessen, die diesen Prozess, der langsam anstrengend und überhaupt nicht überzeugend für die Bürger wird, verhindern.

Die Anforderung für die Transparenz der parlamentarischen Wahlen von 2009 war das Hauptwort der politischen Krise, für deren Lösung auch die Brüssel Strukturen eingesetzt wurden. Es haben mehrere Verhandlungssitzungen stattgefunden. Für die Überwindung des politischen Engpasses wurde die Gründung eines parlamentarischen Ermittlungsausschusses vorgeschlagen und wenn auch dieser Ausschuss keine positiven Ergebnisse bringen würde, wäre die Venedig-Kommission eingeschaltet. Aber trotz des internationalen Engagements wurde wegen des Mangels des guten Willens und der Intoleranz einen Kompromiss zu finden, keine Übereinstimmung erreicht.

Das albanische politische Panorama bleibt deswegen immer noch heiß, nicht vertraulich und überhaupt nicht kooperativ bezüglich der gemeinsamen gesetzlichen Initiativen, die das Parlament im Rahmen der Reformen und der Erfüllung der EU-Voraussetzungen, verabschieden soll.

Obwohl zwischen den politischen Lagern immer noch kein Abkommen erreicht worden ist, hat die Mehrheit von Ministerpräsident Berisha mehrmals an die Opposition appelliert ihre Vorschläge für die Lösung der Krise vorzustellen, an den Parlamentssitzungen teilzunehmen und ihre Meinung bezüglich des Wahlkodexes zu erklären.

Die sozialistische Opposition nennt die Umgangsweise der PD ein Manöver der Regierung Zeit zu gewinnen und strebt beharrlich nach einem Übereinkommen für die Transparenz der parlamentarischen Wahlen vom 28 Juni 2009. In der letzten Zeit hat die SP-Parlamentsfraktion mitgeteilt, sie werde ihre Beziehung mit dem Parlament wieder berücksichtigen und im September neue Proteste organisieren. Diese PS Bewegung wird aber mehr als ein Manöver um die Glaubwürdigkeit der Wähler zu erhöhen betrachtet, während die Boykottplattform der Opposition gescheitert ist und im Herbst die Wahlkampagne für die kommunalen Wahlen im kommenden Jahr beginnt.

Der Präsident der Republik hat mitgeteilt, Ende August setzte er das Datum für die Abhaltung der lokalen Wahlen fest. Nach dem einjährigen politischen Engpass ist es ein harter und voller Spannung Wettbewerb vorhergesehen.

In diesem Zusammenhang hat der PS Leiter, Edi Rama, erklärt, dass die Möglichkeit des Boykottierens der lokalen Wahlen nicht ausgeschlossen wird, und verwendet diesen Ansatz um Druck auszuüben ein Übereinkommen für die Transparenz der letzten parlamentarischen Wahlen zu erreichen.

Trotzdem hat die Annäherung der Wahlkampagne für die kommunalen Wahlen dazu geführt, dass die politischen Lager mit der Entwicklung ihrer Strategien beginnen.

Die regierende Mehrheit fühlt sich mehr sicher auch nach dem zu erwarteten Erfolg der Visaliberalisierung und nach ihren Fortschritten im wirtschaftlichen Bereich. Die regierende Koalition der Demokratischen Partei von Premier Berisha mit der LSI (Sozialistische Bewegung für Integration) vom Stellvertretenden Premier Meta und mit der Republikanischen Partei vom Umweltminister Mediu, schaut nachhaltig zu sein. Sie haben erklärt, dass sie auch an den nächsten lokalen Wahlen gemeinsam teilnehmen werden. Auf ihrer Seite, aber nicht in der regierenden Koalition, sind auch die zwei Abgeordneten der Partei der Tschamischen Minderheit, PDI( Partei für Demokratie und Integration), mit denen die LSI ein Koooperationsabkommen abgeschlossen hat.

Im linken Lager ist die Situation sehr chaotisch. Die sozialistische Partei von Edi Rama kann nur auf die PSD (die Sozialdemokratische Partei) von Skender Gjinushi, auf die PDS (die Partei der Sozialen Demokratie) von Milo und G99 von Veliaj (die eigentlich von Rama selber um mehr Stimmen in den letzten parlamentarischen Wahlen zu gewinnen, gegründet wurde) stützen. Nach den Klüften und Zersplitterungen der letzten zwei Jahren, überlegt sich die PS, ob eine Fusion mit den kleinen politischen Partnern wie G99 von Veliaj nicht gescheitert wäre. Die Sozialdemokratische Partei und die Partei der Sozialen Demokratie fördern mehr das Modell einer linken Föderation und die Fusion mit der Sozialistischen Partei betrachten sie nicht als ein Mehrwert, die die Stimmengewinnung erhöhen würde.

Das Hauptproblem ist aber die PS selber. Nach dem Verlust der letzten parlamentarischen Wahlen wurde Rama stark kritisiert und sein Rücktritt verlangt. Momentan, ein Jahr nach den Protestenwellen und dem parlamentarischen Boykott der sozialistischen Abgeordneten, der sich nicht als erfolgreich herausgestellt hat, wird die Kritik Rama gegenüber innerhalb der PS immer schärfer und die Idee, dass Rama mit seiner unklaren Strategie auch die lokalen Wahlen verlieren wird, stärker. Es ist kaum vorstellbar, dass die Streitereien innerhalb des linken Lagers bis vor den lokalen Wahlen beseitigt werden. Rama schaut mehr Sorgen für sein 4.Kandidieren zum Bürgermeisteramt von Tirana zu machen, seine ganzen Energien für die Wahlkampagne in Tirana um diesen Wettbewerb zu gewinnen zu verbrauchen und die landesweite Kampagne zu vernachlässigen.

Die Aktivität des albanischen Parlaments läuft in drei Hauptrichtungen: Diskussion in den parlamentarischen Gruppen bzg. Implementierung der Reform im Justizbereich, Erörterung

der Gesetzesentwürfe für die fiskalische Reform (Priorität haben die Gesetze zur Einführung eines Kontrollsystems in unterschiedlichen Institutionen), die Umsetzung der gesetzlichen Änderungen im Rahmen der EU Voraussetzungen für die Annäherung der Gesetzgebung. Alle diese drei Fragen sind meistens Teil der täglichen Aktivität der parlamentarischen Ausschüsse, während jede Diskussion, neuer Vorschlag oder Änderung der Haltung jedes Lagers, das politische Klima im Lande stark beeinflusst. Letztlich ist die Arbeit dieser Ausschüsse auch langsamer geworden; Grund dafür ist die Entwicklung in der albanischen Politik, wo die Opposition entschieden hat, an keiner Gesetzesverabschiedung im Parlament teilzunehmen, wenn ihre Anforderung für die Transparenz der letzten Wahlen nicht erfüllt worden ist.

Mehrere andere Entwicklungen außerhalb vom Parlament haben aber den Ablauf seiner Tätigkeit beeinflusst. Der sechsmonatige Boykott des Parlaments seitens der Opposition und Hungerstreik ihrer Abgeordneten haben die Gesetze, zu deren Verabschiedung 2/3 der Stimmen erforderlich ist, einfach blockiert.

- a) Opfer der gereizten Beziehungen zwischen den politischen Lagern ist die Reform im Justizsystem. Im Zuge dessen ist die Amtszeit einiger Mitglieder des Verfassungsgerichtes und des Obersten Gerichtes abgelaufen und ihre Nachbesetzung ist wegen des PS Parlamentsboykottes einfach blockiert. Die Mehrheit hat 2 von den 3 vom Staatsoberhaupt vorgeschlagenen Kandidaturen für das Verfassungsgericht abgestimmt, während die Ablehnung des dritten Kandidaten für Auseinandersetzungen Mehrheit – Opposition gesorgt hat. Es sind mehrere Mitglieder im Verfassungsgericht, die ersetzt werden sollten, und wenn die Opposition weiter sich weigern wird, abzustimmen, wird das Verfassungsgericht unvollständig und nicht funktionell sein.
- b) Die Gesetzesentwürfe im fiskalischen Bereich sehen die Gründung von Kontrollsystemen seitens der Regierung vor; in diesem Rahmen werden auch solche Institutionen, wie KLD ( Der Oberste Justizrat), der Rechnungshof, die Staatsanwaltschaft, SHISH (staatlicher Nachrichtendienst) usw.von dieser Kontrolle nicht ausgeschlossen; der Mehrheit nach wird dieses System eine finanzielle Kontrolle im Rahmen der Bekämpfung der Korruption sein. Die Opposition bezeichnet diese Entwicklung eine Form der Druckausübung den anderen Institutionen gegenüber, damit die Regierung sie unter Kontrolle stellt. Gleichzeitig ist auch die Erhöhung der Steuer beim Kfz-Verkauf vorhergesehen und ab dem 1.Juli wird die fiskalische Informatisierung mittels der Kassen in jedem Verkaufseinheit eingeführt.
- c) Die Gesetzentwürfe, die eine Komponente des Engagements Albaniens im Rahmen der Integrationsprozesse bestätigen und für deren Verabschiedung 2/3 der Stimmen erforderlich ist, werden momentan wegen der Abwesenheit der PS- Abgeordneten an den Abstimmungsitzungen, wann diese Gesetzesentwürfe verabschiedet werden sollten, verschoben

Die Gesetzesentwürfe bezüglich Kontrolle der Regierung über die Staatsanwaltschaft und die Gerichte sind als Verletzung der Unabhängigkeit dieser Institutionen betrachtet. Es haben Debatten breiten Spektrums mit hoher Sensibilität auch seitens der Öffentlichkeit stattgefunden, die im Rahmen der unterschiedlichen Befragungen die Unabhängigkeit dieser Institutionen unterstützt haben. Ein weiterer Gesetzesentwurf, hat als Schwerpunkt den Staatlichen Informationsdienst, aber dessen Details sind noch nicht der breiten Öffentlichkeit bekannt. Laut den Regierungsberichterstatern werden einfach ihre Finanzen kontrolliert, aber es wird bekannt gemacht, dass zuständige Inspektoren erlaubt sind, jederzeit alle Arten von Informationen und Schreiben zu verlangen, auch wenn es sich um vertrauliche Informationen handelt.

## Wirtschaft

Auf Basis der INSTAT Statistik hat die albanische Wirtschaft eine Wachstumsrate von 3.4% auch in der Zeit der globalen Krise erlebt. Es muss hinzugefügt werden, dass letztes Jahr die Überweisungen der Albaner, die im Ausland leben, weniger geworden sind, es wurden 180 Millionen Euro weniger als im vorigen Jahr überwiesen.

Aber dennoch ist eine erhebliche Steigerung der Ausfuhren des Landes feststellbar. Im Vergleich zum vergangenen Jahr, ist die Ausfuhr um 117% erhöht. Hauptsächlich werden Mineralien, landwirtschaftliche Produkte, Getränke, usw. exportiert.

Premier Berisha hat während einer Rede erklärt, dass 12% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, hat aber betont, dass vor fünf Jahren 26 % der Bevölkerung in diesem Zustand waren.

Der Gouverneur der albanischen Nationalbank, Fullani, hat erklärt, dass das Banksystem in Albanien stabil ist und nicht sehr von der globalen Wirtschaftskrise betroffen worden ist. Trotzdem hat der Gouverneur der Regierung empfohlen, wenige Kredite für die öffentlichen Arbeiten zu beantragen und vorsichtiger in ihrem Umgang mit den Eurobonds zu sein. Es muss erwähnt werden, dass der Kreditbetrag bis 60% des Bruttoinlandsproduktes beträgt, was auch die ausländischen Experten der Weltbank kritisiert haben.

Die Regierung hat letztlich ein internes Anleihen (25 Millionen EUR) von den Banken des zweiten Niveaus im Lande bekommen, was die Opposition stark kritisiert hat und erklärt, dass die Regierung mit falschen Daten des wirtschaftlichen Wachstums gespielt hat und dass der Mangel der Liquidität in der Regierungskasse die Wirtschaftskrise im Lande bestätigt.

Auf der anderen Seite hat Berisha in einer Sitzung mit Bürgermeistern versprochen (auch im Rahmen der kommenden lokalen Wahlen), dass die Regierung Minikredite für die Gemeinden zur Verbesserung der Strasseninfrastruktur gewähren wird.

## Außenpolitik

Das Hauptziel der Regierung in diesen Monaten war die Erfüllung der Roadmap Kriterien für die Visaliberalisierung für die albanischen Staatsbürger und die Empfehlung der EU Kandidatenstatus. Deswegen haben mehrere offizielle Besuche in der letzten Zeit in Brüssel stattgefunden. Das Europäische Parlament hat die Resolution über Albanien verabschiedet, wo die Leistung der Regierung in der Umsetzung der Reformen anerkannt wird, aber auf der anderen Seite wird von Albanien die Verstärkung der Korruptionsbekämpfung, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Schaffung einer besseren Kooperationsklima, eine Lösungsfindung für den Eigentumskonflikt und die Unabhängigkeit des Gerichtswesens verlangt. Die Resolution hat den Weg für die Visaliberalisierung geebnet. Die Entscheidung wird an einer anderen Sitzung im Herbst getroffen aufgrund der Analyse, wie die albanische Regierung ihre Verpflichtungen erfüllt hat.

Eine andere Zielsetzung war die Erhöhung des Einflusses in der Region, da wie schon bekannt, in drei Nachbarländern viele Albaner leben: Mazedonien, Kosovo und Montenegro. Hochrangige Delegationen haben an Regionalkonferenzen in Kroatien, Mazedonien, Kosovo und Albanien teilgenommen, wo die Entwicklungen in der Region besprochen worden sind und die albanische Diplomatie für die Anerkennung der Kosovo Status lobbyiert hat. Gleichzeitig haben auch bilaterale offizielle Besuche stattgefunden.

Der Stellvertretende Premier und Außenminister Meta, war im Juni auf offiziellem Besuch in Deutschland und hat sich mit dem Bundesminister des Auswärtigen Guido Westerwelle

getroffen. An diesem Treffen wurde betont, dass die Bundesrepublik Deutschland den EU Integrationsprozess von Albanien unterstützen wird. Die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wurde noch zum Ausdruck gebracht. Die deutsche Seite hat hauptsächlich Interesse für Investitionen im Energie-, Wasser- und Tourismusbereich gezeigt.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
Autor: Nertila Mosko, Projektleiterin Albanien  
Lazarettstr. 33 – 80636 München –  
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – Fax: +49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) – Homepage: [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Erstellt am: 6.7.2010